



Wirtschaft und Landwirtschaft gemeinsam für die OECD-Steuerreform

Am 18. Juni 2023 findet die Abstimmung über die OECD-Mindeststeuer statt. Für die Dachverbände der Wirtschaft und Landwirtschaft ist klar, dass Schweizer Unternehmen vor aufwendigen Steuerverfahren im Ausland geschützt und zusätzliche Steuereinnahmen in der Schweiz bleiben sollen. Darum sagen economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband sgV, der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizer Bauernverband Ja zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer.

Künftig unterliegen grosse, internationale Unternehmen in jedem Land, in dem sie eine Niederlassung haben, einer Mindestbesteuerung von 15 Prozent. Darauf haben sich rund 140 Staaten in einem OECD-/G-20-Projekt geeinigt. Unterschreitet ein Land das Niveau von 15 Prozent, können andere Länder die Differenz nachbesteuern. Für die Schweiz stellt sich somit einzig die Frage: Sollen die betroffenen Unternehmen die zusätzlichen Steuern in der Schweiz oder im Ausland bezahlen? Die Dachverbände der Schweizer Wirtschaft und Landwirtschaft sind sich einig: Die Schweiz darf diese Steuermittel nicht ans Ausland verschenken.

KMU sind nicht betroffen

Betroffen sind Unternehmen mit einem globalen Umsatz von mindestens 750 Millionen Euro. Sie sollen, sofern notwendig, mit einer Ergänzungssteuer belastet werden, um das von der OECD festgelegte Besteuerungsniveau von 15 Prozent zu erreichen. Für KMU und rein national tätige Unternehmen ändert sich nichts.

Diese gezielte Umsetzung stellt die Einhaltung der Mindestbesteuerung in der Schweiz sicher und schützt die betroffenen Unternehmen vor Zusatzbesteuerung und bürokratischen Steuerverfahren im Ausland.

Attraktivität der Schweiz erhalten

Eine attraktive Steuerpolitik hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Schweiz in den letzten Jahrzehnten zu einem der weltbesten Wirtschaftsstandorte entwickeln konnte. Die Steuerzahlungen der Unternehmen sind stark angestiegen und haben das stetige Wachstum der staatlichen Leistungen massgeblich finanziert. Davon profitiert die ganze Bevölkerung. Diesen Erfolg gilt es zu wahren. Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer bringt Bund und Kantone zusätzliche Mittel ein, um die Schweiz weiterhin als ausgezeichneten Wirtschafts- und Lebensraum zu gestalten. Deshalb empfehlen economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband sgV, der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizer Bauernverband, am 18. Juni ein Ja zur OECD-Mindeststeuer in die Urne zu legen.

Kontaktpersonen:

Christoph Mäder, Präsident economiesuisse

Fabio Regazzi, Nationalrat, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband sgV

Valentin Vogt, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Markus Ritter, Nationalrat, Präsident Schweizer Bauernverband

Medienkontakt:

media@economiesuisse.ch